

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Oktober 2022

Grösste Migrations-
krise der letzten
Jahrzehnte

Seite 7



Die ruinöse Politik
von Links-Grün
stoppen

Seite 11



"Ueli Maurer hat
die SVP stark
gemacht!"

Seite 15



Jetzt Referendum unterschreiben !

Seiten 3-9

NEIN zum Stromfresser-Gesetz

Dieses gefährliche Gesetz führt zu:

- noch weniger Strom!
- explodierenden Strompreisen!
- einem Ausstieg aus Heizöl, Benzin und Diesel ohne Plan!
- 347 Milliarden Franken Mehrkosten!
- Umerziehungsmassnahmen!
- undemokratischen Vollmachten für den Bundesrat!

Damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Links-Grün fährt die Schweiz an die Wand – das zeigt die aktuelle Stromkrise drastisch. Deshalb müssen wir bei den Wahlen 2023 einen weiteren Links-Rutsch verhindern – zum Wohle der Menschen in der Schweiz.

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen steckt die Schweiz mitten in einer schweren Krise. Unsere Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit und unser Wohlstand sind in Gefahr. Das haben wir der links-grünen Politik in Bern zu verdanken. Sie ist von blinder Ideologie geprägt und verrät die Werte, die die Schweiz stark machen.

Zuvorderst steht die Strom- und Energiekrise. Die SVP hat immer schon davor gewarnt, dass der kopflose Ausstieg aus der Kernkraft und der Ersatz durch Windrädchen und Solaranlagen nicht funktionieren kann. Wir warnen davor, dass wir kalt duschen müssen und dass die Kosten explodieren – und wurden dafür ausgelacht. Heute lacht niemand mehr. Das Horrorszenario ist Realität geworden.

SVP ergreift Referendum gegen Stromfresser-Gesetz

Trotzdem wurstelt die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament einfach weiter. Mit dem neuen Klimagesetz wird das Netto-Null-Ziel beim CO₂-Ausstoss festgeschrieben. Damit verschärfen wir die Energiekrise massiv. Jedes Elektro-Auto, jede Wärmepumpe mehr heisst

mehr Strombedarf – obwohl wir jetzt schon zu wenig Strom haben!

Die SVP hat gegen dieses schädliche Stromfresser-Gesetz das Referendum

rechnet für 2022 mit 240'000 Personen, die zusätzlich in unser kleines Land kommen – viele von ihnen, um auf Kosten der Schweizer Steuerzahler ein besseres Leben zu führen.



Für die Schweizerinnen und Schweizer bleibt dabei immer weniger im eigenen Portemonnaie. Die Kaufkraft schwindet, und man fühlt sich zunehmend fremd im eigenen Land.

Schweiz muss Schweiz bleiben

Damit die Schweiz die Schweiz bleibt, die wir lieben, müssen wir bei den Wahlen 2023 einen weiteren Links-Rutsch verhindern. Die realistische und vernünftige Politik der SVP

ist wichtiger denn je – nun kommt es auf das Engagement jedes Einzelnen von uns an. Für Ihren Einsatz für die Partei und für unser Land danke ich Ihnen von Herzen!

ergriffen. Denn die Auswirkungen für Bevölkerung und Wirtschaft wären fatal: Dieser Klima-Wahnsinn kostet über 340 Milliarden Franken! Er führt zu weiter explodierenden Strompreisen und neuen Steuern. Und zu Armut und Arbeitslosigkeit.

Rekord an Flüchtlingen

Das Versagen der anderen Parteien zeigt sich drastisch auch in der Asyl- und Zuwanderungspolitik. Der Bund

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz

SVP bekämpft neues Klimagesetz mit dem Referendum

Die Mitte-Links-Mehrheit des Parlamentes in Bern hat ein Stromfresser-Gesetz beschlossen, obwohl wir jetzt schon zu wenig Strom haben. Damit wiederholt Mitte-Links die Fehler der Energiestrategie 2050. Die SVP hat gegen das schädliche und gefährliche Gesetz das Referendum ergriffen.



von Michael Graber
Nationalrat und Präsident
Referendumskomitee
Brig (VS)

Die Schweizer Energiepolitik ist aus dem Ruder gelaufen. Das haben wir der damaligen CVP-Bundesrätin Doris Leuthard zu verdanken. Gegen den kopflosen Ausstieg aus der Atomenergie hatte sich nur die SVP gewehrt. SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga führt die planlose Energiestrategie nun weiter. Ueli Maurer wird gehen, Sommaruga sollte gehen!

Gemeinsam duschen?

Was uns erhalten bleibt, ist eine akut drohende Strommangellage. Der Bundesrat ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, Strom zu sparen. Wir sollen Kerzen kaufen, gemeinsam duschen.

Gleichzeitig hat das Parlament – wieder mit Ausnahme der SVP – mit dem indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative ein Gesetz verabschiedet, das auf die Dekarbonisierung abzielt. Öl, Gas, Benzin oder Diesel sollen verboten werden. Netto-Null bis 2050, heisst das Ziel. Das heisst aber vor allem, dass es künftig noch viel mehr Strom braucht. Und dies, obwohl wir jetzt schon nicht mehr wissen, woher wir den Strom holen sollen, den wir heute brauchen.

Sommaruga sollte Kerzen kaufen

Die Mitte-Links-Mehrheit des Parlamentes will die fatalen Fehler der Energiestrategie fortsetzen. Dabei erteilt sie dem Bundesrat eine Generalvollmacht, mit der er dann vorschreiben kann, mit welchen Umerziehungsmassnahmen diese utopischen Ziele erreicht werden sollen.

die kommenden Generationen keine Rolle. Schon jetzt steuert der Finanzhaushalt auf ein strukturelles Defizit hin. Wer soll diese verantwortungslose Politik bezahlen?

Hier muss das Volk das letzte Wort haben. Die SVP hat deshalb das Referendum gegen dieses gefährliche und schäd-



Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz ist in Wahrheit ein «Stromfresser-Gesetz». Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden. Das Resultat: Der Stromverbrauch steigt massiv. Denn Heizten und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!

Die Kosten sind gigantisch. Es würde unfassbare 347 Milliarden Franken kosten, wenn im ganzen Land alle betroffenen Gebäude saniert und funktionierende Ölheizungen herausgerissen würden. Im Hinblick auf den Klimawandel sprechen alle von den kommenden Generationen. Im Hinblick auf die Bundesfinanzen spielen

liche Stromfresser-Gesetz ergriffen. Die Parlamentarier und Bundesrätin Sommaruga sollten wirklich Kerzen kaufen, damit ihnen wenigstens ab und zu ein Licht aufgeht.

HIER ►
SCANNEN



Hier Unterschriftenbogen herunterladen oder bestellen:
<https://energiekrise-nein.ch/>

«Stromfresser-Gesetz»: So verarmt der Mittelstand

Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative schreibt Mitte-Links das Netto-Null-Ziel ins Gesetz. Die Folgen: Endlose Verbote, massiv verschärfter Strommangel, Verarmung – und undemokratische Vollmachten für den Bundesrat.



von Monika Rüegger
Nationalrätin
Engelberg (OW)

Unter dem ebenso verharmlosenenden wie irreführenden neuen Namen «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» hat die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament der Gletscher-Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt. Das ist auch demokratiepolitisch höchst problematisch. Denn damit hat das Volk nichts mehr zu sagen und wird mundtot gemacht. Das ist einer Demokratie unwürdig. Das Volk stört offenbar. Darum hat die SVP das Referendum ergriffen.

Schon zur Energiestrategie 2050 hiess es von Mitte-Links und der damaligen Energieministerin Doris Leuthard, wir würden die Energiewende ohne Kernkraft schaffen. Die Umstellung sei fast gratis, die Energiewende koste nur 40 Franken pro Familie und Jahr. Einwände der SVP, wonach die Mehrkosten um ein Vielfaches höher sein würden, wurden von Frau Leuthard nonchalant und arrogant weggelächelt.

Heute wissen wir, dass selbst die von der SVP prognostizierten 3'200 Franken nicht reichen. Fünf Jahre kopflose links-

grüne Energiepolitik haben keine Energiewende gebracht. Stattdessen eine Wende von genug bezahlbarem Strom hin zu einer Strommangellage.

Mitten in dieser Krise ein solches Stromfresser-Gesetz inklusive Netto-Null-Ziel bis 2050 zu verabschieden, ist verantwortungslos. Und der Bundesrat bekommt erst noch eine Generalvollmacht, um die Menschen in der Schweiz zu Verzicht und teuren Investitionen zu zwingen



Aufgrund der linken Utopien und der links-grünen Politik werden die Monatsenden für die Mittelstand in der Schweiz immer härter. Die SVP ist die einzige Partei, die sich für die Kaufkraft der Menschen in der Schweiz einsetzt.

sowie nach Gutdünken umzuerziehen. Wahrscheinlich ist: Der Bundesrat wird dem Mittelstand und Leuten mit tieferen Einkommen das Autofahren mit Benzinmotoren verbieten. Wer sich kein Elektroauto leisten kann, bleibt auf der Strecke.

Hausbesitzer werden gezwungen, ihre Häuser aufwendig und teuer zu sanie-

ren und – falls sie mit Gas oder Öl heizen – eine neue Heizung einzubauen. Das betrifft fast 60% der Hausbesitzer. Die meisten werden ihr Eigenheim verkaufen müssen, weil sie sich diese Investitionen schlicht nicht leisten können. Zudem führt die nach wie vor masslose Zuwanderung zu explodierenden Preisen auf dem Wohnungsmarkt.

Aber auch die Mieter werden leiden: Das Stromfresser-Gesetz verschärft die Stromknappheit und lässt die Kosten explodieren, was zu massiv höheren Nebenkosten führt. Die Industrie soll gar ihre Produktion herunterfahren, wodurch Arbeitsplätze verloren gehen.

Mit dieser Politik fährt die Mitte-Links-Mehrheit in National- und Ständerat unser Land an die Wand. Dass der Mittelstand dabei verarmt, ist diesen Politikerinnen und Politikern egal – als Gutverdienende können sie sich die Weltrettung und den Klimaschutz leisten. Denn für ihre Utopien bezahlen die Búezer, die durchschnittlichen Familien und der Grossteil der KMU.

Die linken, reichen und verwöhnten Múchtegern-Weltretter spüren das Volk nicht mehr. Schlimmer noch: Sie wollen es nicht mitentscheiden lassen und politisieren kaltschnäuzig an ihm vorbei.

Lassen wir das Volk, das all dies bezahlen muss, das letzte Wort haben. Unterstützen Sie das Referendum mit Ihrer Unterschrift. Herzlichen Dank!

Nein zur schädlichen Klimapolitik von Mitte-Links

Willkommen in Seldwyla: Kaum ist die linke Energiepolitik des Bundes kläglich gescheitert, schon basteln die anderen Parteien an neuen Gesetzen, welche die Schweiz noch stärker ins energiepolitische Nirvana katapultieren. Derweil ist der Strom bereits knapp und teuer geworden.



von Christian Imark
Nationalrat
Fehren (SO)

Die Zuwanderung in die Schweiz wird dieses Jahr rund eine Viertelmillion Menschen betragen. Seit dem Jahr 2000 nahm die Bevölkerung damit um fast 2 Millionen Menschen zu. Es versteht sich, dass diese Menschen nicht nur Platz benötigen, sondern auch Ressourcen verbrauchen und Strom konsumieren.

Das Volk befragen

In aller Munde ist dieser Tage die gescheiterte Energiepolitik des Bundes. Mit Milliarden Steuerfranken werden Stromkonzerne gerettet, mit dringlichen Beschlüssen werden neue Vorschriften erlassen, Kantone übersteuert, die Verfassung ausgehebelt sowie der Natur- und Landschaftsschutz über den Haufen geworfen. Gleichzeitig baut der Bund in Windeseile für 500 Millionen Franken schmutzige Ölkraftwerke. Derweil ist der Strom bereits knapp und teuer geworden.

Doch damit nicht genug. Die eidgenössischen Räte haben im September die sogenannte «Gletscherinitiative» in ein veritables Stromfresser-Gesetz verwandelt. Ohne Volksabstimmung sollte es am Bürger vorbeigeschmuggelt werden. Nur dank

dem Referendum der SVP wird es dazu eine Volksabstimmung geben.

Doris Leuthards Masochismus 2.0

Das Stromfresser-Gesetz beinhaltet zum Beispiel zwei Milliarden Franken Bundessubventionen für den Ersatz fossiler Heizungen. Zur Erinnerung, 58 Prozent aller Schweizer Heizungen werden mit Öl oder Gas betrieben. Zum Glück gibt es die fossilen Energieträger noch, muss man in den heutigen Zeiten der Strom-



Politik sabotiert Energieversorgung: Die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament beging 2022 denselben Fehler wie 2017. Dank des Referendums der SVP kann das Volk diesen Fehler in einer Volksabstimmung wieder korrigieren.

knappheit sagen. Sollten diese ersetzt werden, braucht es vor allem eines: Viel mehr Strom. Durch die Energiestrategie von alt Bundesrätin Doris Leuthard hat sich die Schweiz im Strombereich bereits so stark vom Ausland abhängig gemacht, dass wir zum Spielball europäischer Grossmacht-politik geworden sind.

Planwirtschaft mit Ermächtigung

Das Stromfresser-Gesetz beinhaltet lauter planwirtschaftliche Dekarbonisierungs-Ziele. Für sämtliche Sektoren ist genau festgeschrieben, wie sich der CO₂-Ausstoss inskünftig zu verhalten hat, völlig losgelöst von externen Faktoren wie etwa der Zuwanderung, der Verfügbarkeit von Energie oder den Temperaturen.

Einen Plan, wie die Ziele umzusetzen sind, gibt es nicht. Warum auch? Wenn der Bundesrat dereinst feststellen wird, dass die Ziele meilenweit verfehlt werden, gibt es einen gesetzgeberischen Freipass, um noch mehr und noch teurere Massnahmen zu ergreifen.

Das Volk hinters Licht geführt

Mit dem Stromfresser-Gesetz wird die Schweiz die Fehler der Vergangenheit fortsetzen. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wurde das Volk bereits hinters Licht geführt. Es entstünden lediglich Kosten von 40 Franken pro Familie, der Ausstieg aus der Kernenergie sei problemlos zu schaffen und die Schweizer Energieversorgung werde sicher, sauber und schweizerisch, wurde behauptet.

Heute wissen wir: Nichts davon ist Realität geworden, sondern das genaue Gegenteil. Nach wie vor muss die oberste Priorität der Energiepolitik lauten, die Schweiz mit genügend umweltfreundlicher und günstiger Energie zu versorgen. Mit dem Stromfresser-Gesetz wird sich unser Land noch weiter von diesen Grundsätzen entfernen.

Die massive Zuwanderung bedroht die Stromversorgung

Die masslose Zuwanderung bringt die Schweizer Umwelt und Infrastruktur an ihre Belastungsgrenze, führt zu enormem Dichtestress und ist der Hauptgrund der drohenden Strommangellage. Je länger je mehr zeigen sich die Probleme der Nicht-Umsetzung der Initiative gegen die Masseneinwanderung.



von Mike Egger
Nationalrat
Berneck (SG)

Zwischen 2000 und 2021 wuchs die Schweizer Bevölkerung von 7,17 Millionen Menschen auf 8,77 Millionen. Dieses Jahr kommen nebst der rekordhohen Zuwanderung aus dem EU-Raum und aus anderen Ländern Flüchtlinge aus der Ukraine und zusätzliche Asylbewerber hinzu. Somit wächst die Schweiz 2022 um über 200'000 Personen. Und das in einem einzigen Jahr! Rechnet man die geschätzten 100'000 illegalen Sans-Papiers dazu, die in der Schweiz leben, ist die 9-Millionen-Schweiz wahrscheinlich bereits dieses Jahr bittere Realität.

Der Dichtestress zeigt sich an allen Ecken und Fronten: Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit haben die Fahrzeuge auf den Strassen um 40 Prozent zugenommen, die Stautunden haben sich vervierfacht! Und weiterhin kommen jährlich rund 50'000 Autos mehr dazu. Der Fachkräftemangel verstärkt sich immer weiter, da all diese zugewanderten Personen weitere Ärzte, Strassenbauer und Lehrer benötigen. Das Bauland verteuert sich markant, der Traum vom Eigenheim platzt, und auch die Mieten werden unerschwinglich. Alles negative Begleiterscheinungen der massiven Zuwanderung.

Strommangel wegen Zuwanderung

Die Energieperspektiven 2050, welche die Grundlage der Abstimmung über die Energiestrategie 2050 bildeten, gingen von einem Bevölkerungswachstum auf 8.98 Mio. Einwohner für das Jahr 2050 aus. Diese Zahl haben wir bereits dieses Jahr, 28 Jahre früher, erreicht!

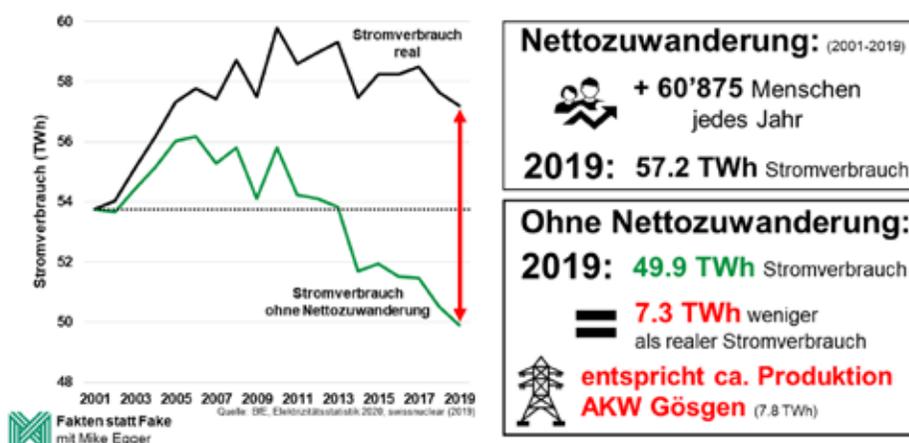
Diese und unzählige weitere solche schöngefärbten Annahmen bilden die Grundlage unserer Energiepolitik. Ironischerweise schweigen alle Parteien ausser der SVP zu den Auswirkungen der Zuwanderung auf den Stromverbrauch. Allein die Nettozuwanderung von 2001 bis 2019 führte zu einem Mehrbedarf von 7.3 Terrawattstunden (TWh), was ungefähr

kehrssektors (+6.8%) stieg hingegen an. Über die Auswirkungen des Stromverbrauchs der 700'000 Haushalte, welche seit 2001 aufgrund der Zuwanderung gebaut wurden, schweigen die anderen Parteien. Allein die Zuwanderung dieses Jahres frisst 1.34 Milliarden Kilowattstunden Strom extra! Wie sagte doch Bundesrätin Sommaruga? «Jede Kilowattstunde zählt.»

Schockierend werden diese Zahlen, wenn man in die Zukunft schaut. Da die Stromproduktion zeitlich stärker schwanken wird aufgrund der Erneuerbaren wie Sonne und Wind (Flutterstrom), werden unzählige CO₂-freie Stromspeicher für die Überproduktion notwendig, um die Stromversorgung

insbesondere im Winter sicherzustellen. Doch das Ausbaupotenzial der gesamten Wasserkraft bis 2050 beträgt gerade einmal 1.43 TWh. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Nettozuwanderung der letzten 10 Jahre betrug 61'575 Personen, was jährlich 0.41 TWh mehr Strombedarf bedeutet. Das gesamte, Milliarden-teure Ausbaupotential bis 2050 wird also durch den Stromverbrauch von 3.5 Jahren Nettozuwanderung aufgeessen!

Stromverbrauch ohne Nettozuwanderung



Die Masseneinwanderung in die Schweiz führt zu steigendem Strombedarf. Ohne Zuwanderung hätte die Schweiz das Äquivalent der Produktion des Kraftwerks Gösgen eingespart.

der Produktion des AKW Gösgen entspricht. Die Bundesdaten belegen also: Ohne diese massive Nettozuwanderung würde uns diesen Winter keine Strommangellage drohen.

Eine Aufschlüsselung nach Sektoren zeigt: Industrie (-5.4%) und Landwirtschaft (-7.3%) sparten in den letzten Jahren Strom ein, der Verbrauch des Haushalts- (+18.7%), Dienstleistungs- (+9.3%) und des Ver-

So kann es nicht weitergehen. Eine Nachhaltigkeitsinitiative, die das Bevölkerungswachstum miteinbezieht, muss her. Nur so können wir unserer Heimat ernsthaft Sorge tragen. Wir können die Stromknappheit nur dann beseitigen, wenn wir endlich den grossen schnarchenden Elefanten im Raum ansprechen: das enorme Bevölkerungswachstum in der Schweiz.

Grösste Migrationskrise der letzten Jahrzehnte

120'000 Schutzsuchende, 20'000 Asylbewerber plus 100'000 Personen über Personenfreizügigkeit und Drittstaaten: Die Schweiz wird allein dieses Jahr um eine Viertelmillion Zuwanderer wachsen. Die Hälfte davon wird von der Sozialhilfe leben. Denn die Erfahrung zeigt, dass die Sozialhilfequote bei Schutzsuchenden aktuell 90 Prozent und bei Flüchtlingen nach 5 Jahren 85 Prozent beträgt.



von Martina Bircher
Nationalrätin
Aargau (AG)

Wir befinden uns am Anfang einer riesigen Migrationskrise. Die Flüchtlingskrise 2015 war lediglich ein Vorgeschmack auf das, was in den nächsten Monaten auf die Schweiz zukommen wird. Mit dem aktivierten Schutzstatus für Personen aus der Ukraine gewährt die Schweiz über 40 Millionen Menschen ein "vorübergehendes" Aufenthaltsrecht - ohne grosse Formalitäten und ausserhalb des Dublin-Systems.

Ob dieser Status tatsächlich so rückkehrorientiert ist, wie behauptet wird, ist fraglich. Nach fünf Jahren wird automatisch die Aufenthaltsbewilligung erteilt. Zudem besteht jederzeit die Möglichkeit, dass diese Personen ein ordentliches Asylgesuch stellen. Es scheint, dass durch die gut gemeinte und grosszügige Aufnahme von Schutzsuchenden eine Kettenreaktion stattfindet und sich immer mehr Menschen auch aus Afrika und Nahost auf den Weg in Richtung Europa machen.

Diesen Migrationsdruck spüren wir auch an unseren Ostgrenzen, wo allein dieses Jahr etwa 35'000 illegale Personen vorwiegend aus Afghanistan und Nordafrika abgefangen werden. Sie stellen in der Schweiz zwar kein Asylgesuch, trotzdem tickt hier eine sicherheitspolitische Zeitbombe.

Schweiz vor dem Kollaps

Mit dieser ungebremsten Zuwanderung droht der Schweiz ein Kollaps. Den-

ken wir dabei an unsere Schulen oder unser Gesundheitssystem. Allein die Viertelmillion mehr Einwohner verbauchen Strom von 400 zusätzlichen Windrädern. Immer mehr Kantone müssen Containersiedlungen errichten oder Zivilschutzunterkünfte in Betrieb nehmen, denn auch bezüglich Unterbringung geraten wir zunehmend an unsere Grenzen.

Die Kosten im Gesundheitswesen und im Integrationsbereich kennt niemand wirklich. Allein für die Sozialhilfe geben Bund und Kantone Milliarden aus. Daher muss der Migrationsdruck auf die Schweiz umgehend gesenkt werden. Der Schutzstatus gehört schnellstmöglich deaktiviert, so dass wir wieder zum ordentlichen Asylsystem mit Fallprüfung und Dublin-System zurückkehren können.

Aber auch im ordentlichen Asylsystem muss endlich ein Umdenken stattfinden. Denn mit der „vorläufigen Auf-

nahme“ gewähren wir Tausenden Personen faktisch ein Bleiberecht, obwohl sie nicht als Flüchtlinge gemäss Genfer Flüchtlingskonvention gelten. Hier muss Grossbritannien zum Vorbild werden, das die Asylverfahren in Ruanda durchführen möchte. Wird dies gelingen, wird der Migrationsdruck wohl innert kürzester Zeit massiv abnehmen.

Hilfe vor Ort bringt viel mehr

Und schliesslich ist Hilfe vor Ort immer noch die beste und zielführendste Hilfe. Erstens erhalten so alle Menschen Hilfe und nicht nur die jungen frechen Männer, die es in die Schweiz geschafft haben. Zweitens können wir mit dem Geld, das wir hier für einen einzigen «Flüchtling» ausgegeben, in seinem Heimat- oder Nachbarland einer viel grösseren Zahl von Personen helfen. Und drittens ist es auch für die Herkunftsländer besser, wenn die Menschen nicht davonlaufen, sondern die Gesellschaft und Wirtschaft voranbringen.



Im Asylbereich ist es effektiver, in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge zu helfen, als sie in der Schweiz aufzunehmen.

Die Energiestrategie ist gescheitert!

Neue erneuerbare Energien seien die alleinige Zukunftslösung – dies behaupteten der Bundesrat und alle anderen Parteien. Innert weniger Jahre hat sich diese weltfremde Vision in Schall und Rauch aufgelöst. Es braucht neue Grosskraftwerke. Nur die Kerntechnologie liefert dabei genügend CO₂-freien Strom.



von Albert Rösti
Nationalrat
Uetendorf (BE)

Es ist heute allen klar, dass wir in Zukunft – wenn wir unser Land vollständig dekarbonisieren wollen – wohl die doppelte Menge an Strom brauchen werden. Demgegenüber ging die Energiestrategie 2050 von einem rückläufigen Stromverbrauch aus. Ebenso werden die Ziele für den Zubau der Erneuerbaren verfehlt.

Völlig falsche Einschätzung von Doris Leuthard

Die SVP hat 2017 vor der Volksabstimmung zur Energiestrategie 2050 laut und deutlich gewarnt und die Mängel aufgezeigt. Das Plakat mit einer Frau, die kalt duschen muss, wurde als Panikmache verhöhnt. Ich erinnere mich noch gut an die Debatte im Nationalrat zur Energiestrategie und an die falschen Versprechen der damaligen Bundesrätin Doris Leuthard. Sie kanzelte die Kritiker mit Aussagen wie diesen ab:

«Erstens ist die Versorgungssicherheit nicht infrage gestellt.»

«Unsicherheit gibt es insofern nicht, als man in allen europäischen Staaten in den



Während des Abstimmungskampfes 2017 hatte die SVP dieses Plakat veröffentlicht, das darüber informierte, dass die Energieversorgung durch die Energiestrategie 2050 gefährdet sei und die Energiepreise infolgedessen explodieren würden. Diese falsche Strategie muss nun korrigiert werden.

HIER SCANNEN ▶



Hier Unterschriftenbogen herunterladen oder bestellen:
<https://energiekrise-nein.ch/>

nächsten zwanzig Jahren eine genügende Stromproduktion haben wird.»

Die drohende Strommangellage ist hausgemacht

Das Problem der drohenden Strommangellage wird zwar durch den Ukrainekrieg befeuert, ist aber letztlich hausgemacht. Dass sich aktuell das sehr sichere und stets modernisierte Kernkraftwerk Mühleberg im Rückbau befindet, ist ein Skandal. Denn genau diese Menge von 3

Terawattstunden könnte uns im Winter vor der Strommangellage bewahren.

Auch die über Jahre von grüner Seite blockierte Erhöhung der Grimselstaumauer müssen wir bitter bezahlen. Immerhin hat nun das Parlament mit seinem dringlichen Bundesgesetz zur raschen Erstellung von bis zu 2 Terawattstunden alpinem Solarstrom und der Erhöhung der Grimselstaumauer ein klares Zeichen gesetzt. Der Fraktionschef hat in der Debatte richtigerweise

die Hauruckübung bedauert, die in dieser Form nicht notwendig gewesen wäre, hätte man früher auf die SVP gehört. Solar und Wasser werden aber niemals ausreichen, um all den zusätzlichen Strom zu produzieren, den unser Land durch die vollständige Dekarbonisierung und die nach wie vor masslose Zuwanderung verbraucht.

Dazu braucht es neue Grosskraftwerke, wobei nur die Kerntechnologie genügend CO₂-freien Strom liefert.

Die falschen Versprechen von Doris Leuthard:



"Erstens ist die Versorgungssicherheit nicht infrage gestellt" Doris Leuthard, 01.12.2014

"Ja, wir machen eine Politik, die eben nicht nur fünf Jahre vorausdenkt, sondern wir setzen die Ziele 2020 und 2035." Doris Leuthard, 02.12.2014

"Unsicherheit gibt es insofern nicht, als man in allen europäischen Staaten in den nächsten zwanzig Jahren eine genügende Stromproduktion haben wird." Doris Leuthard, 09.12.2014

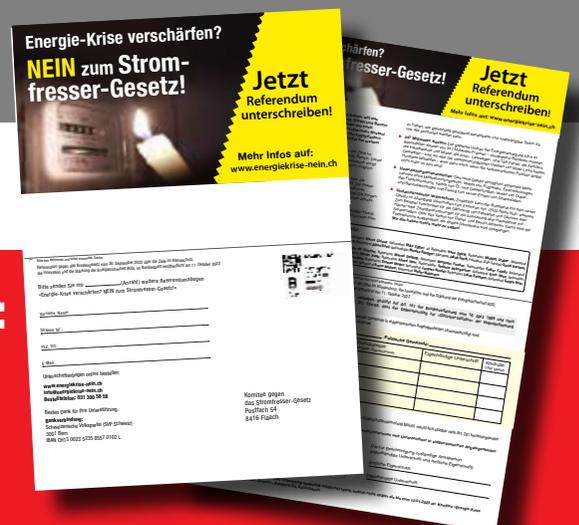
Heute kommt Simonetta Sommaruga mit peinlichen Strom-Spar-Appellen:



"Auch im Strombereich ist in der Schweiz die Wahrscheinlichkeit einer Mangellage gestiegen" Simonetta Sommaruga, 29.06.2022

"Energie ist knapp – verschwenden wir sie darum nicht. Alle können mithelfen, damit es für alle langt. Packen wir das an, damit wir möglichst gut durch den Winter kommen." S. Sommaruga, 29.06.2022

"Die Schweiz hat keine eigenen Gasspeicher und ist daher vollständig auf Importe angewiesen. Bis zu drei Viertel der Gaslieferungen in die Schweiz erfolgen via Deutschland." S. Sommaruga, 29.06.2022



UNTERSCHREIBEN SIE JETZT DAS REFERENDUM:

**"ENERGIEKRISE VERSCHÄRFEN?
NEIN ZUM STROMFRESSER-GESETZ!"**

Woke, das Gegenteil von achtsam

Die Linken und Netten wollen uns vorschreiben, wie wir zu reden und zu denken haben. Wann wehren wir uns endlich gegen die Verhöhnung unserer Sprache und den Gender-Terror?
von Nationalrat Roger Köppel, Küssnacht (ZH)

Wir erleben gegenwärtig einen Krieg unter Beteiligung einer Atommacht, einen Staatsterrorismus mit Zerstörung europäischer Energie-Schlagadern und eine drohende Rezession. Da kommen uns gewisse Themen vor wie aus einer Welt von gestern. Etwa das Problem von drei öffentlichen Toiletten für jedes Geschlecht, die in Städtzürcher Schulhäusern gebaut werden müssen.

Ebenfalls ein Ausfluss von blinder und tauber Überheblichkeit der westlichen Welt ist die «Woke»-Bewegung, die Wachsamkeit und Achtsamkeit vorgibt. In Wahrheit handelt es sich um das Gegenteil, nämlich um den alleingültigen Anspruch auf das angeblich Wahre, Gute und Richtige. Die selbstgerechte Überzeugung der Woke-Ak-

tivisten stellt die eigene Weltsicht, die eigenen Überzeugungen über alles andere. Sie schliesst von Anfang an aus, dass der andere auch recht haben könnte.

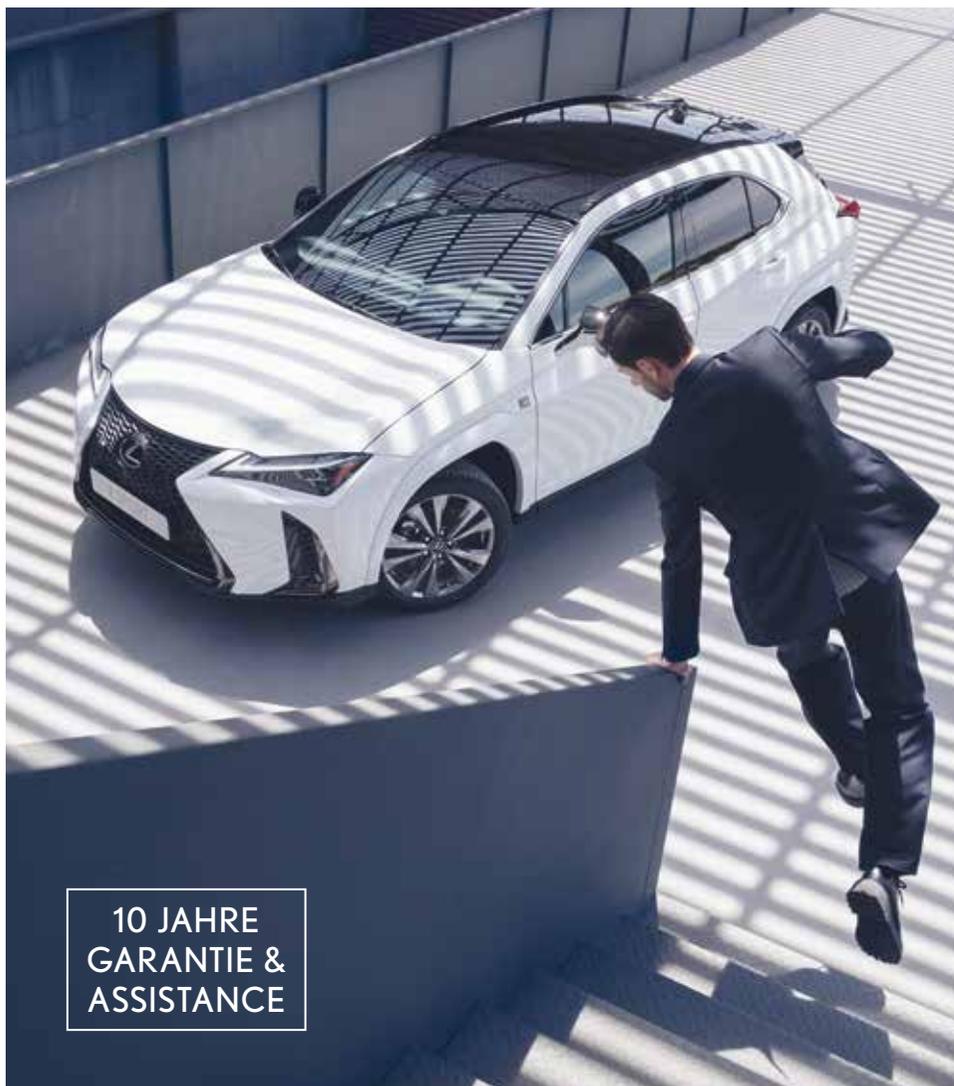
Gender-Terror zerstört Sprache

Dazu gehört auch die Gender-Politik, die unsere Sprache, unsere Kommunikation zerstört. Niemandem können die mühsamen Sternchen oder die umständlichen Nennungen der weiblichen, der männlichen und womöglich der sachlichen Form gefallen. Keinem einzigen Handwerker käme es in den Sinn, sich sein bewährtes Werkzeug wegnemen zu lassen. Doch die Journalisten, die Schriftsteller, die Lehrer – all jene, die täglich mit der Sprache arbeiten –, lassen sich ihr Werkzeug ohne Widerstand entwinden und verhunzen.

Friedliches Nebeneinander

In seinem Woke- und Genderwahn vergisst der Westen: Die Menschen sind und bleiben unterschiedlich gestrickt. Auf der Welt herrscht Pluralismus. Andere Länder, andere Sitten. Wir können nicht jedem und jeder unsere Lebensform aufzwingen. Natürlich hätten es alle lieber, wenn alle so wären wie sie. Doch unsere Welt ist ein vielfältiger und eben auch ein konfliktreicher Ort.

Woke heisst, dass eine bestimmte Gruppe ihre Weltsicht und ihre Überzeugungen über alles andere stellt. Friedliche Koexistenz bleibt das Gebot der Stunde. Sie ist nur möglich, wenn wir uns öffnen, wenn wir bereit sind, unsere Fehler zu sehen, andere Länder, andere Interessen zu verstehen, ihre Andersartigkeit zu akzeptieren.



10 JAHRE
GARANTIE &
ASSISTANCE

DYNAMISCH DURCH
DEN ALLTAG

MIT DEM NEUEN
LEXUS UX

Jetzt Probe fahren

 **LEXUS**
EXPERIENCE AMAZING

Die ruinöse Politik von Links-Grün stoppen

Als stärkste Partei konnte die SVP in der laufenden Legislatur vor allem an der Urne Erfolge verbuchen. Derweil zeigen sich im Parlament die verheerenden Auswirkungen des Links-Rutsches. Statt «Klimawahl» und «Frauenstreik» müssen wir jetzt für das Wohl der Schweiz und ihrer Bürger sorgen.



von Thomas Aeschi
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident
Baar (ZG)

Die SVP hat das Volk bei wichtigen Fragen und Abstimmungen auf ihrer Seite. Das **institutionelle Rahmenabkommen**, mit dem die Schweiz EU-Recht automatisch übernommen und sich dem EU-Gerichtshof unterstellt hätte, wurde dank des Widerstands der SVP bereits im Bundesrat versenkt. Teuer, unnötig und ungerecht: Mit 51,6% Nein-Stimmen lehnte das Volk das **CO₂-Gesetz** ab, das zu höheren Benzin- und Dieselpreisen, einer Verdoppelung der CO₂-Abgabe auf Heizöl und Gas sowie einer Flugticketabgabe geführt hätte. Ebenfalls abgelehnt wurde das **Mediengesetz**, von dem insbesondere die gut situierten Medienkonzerne profitiert hätten. Volk und Stände setzten ein Zeichen gegen den Extremismus und stimmten dem **Verhüllungsverbot** zu. Die wirtschaftsfeindliche **Unternehmensverantwortungsinitiative** konnte abgewehrt werden. Volk und Stände haben die **AHV-21-Vorlage** angenommen und damit einen Schritt hin zur Stabilisierung der AHV unternommen. Die beiden **extremen Agrarinitiativen** und die **Tierhaltungsinitiative** wurden an der Urne deutlich verworfen. Die Vorlage für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wurde angenommen und der Kaufvertrag über **36 F-35 Kampfflugzeuge** unterzeichnet. Und die SVP konnte im Ständerat die Entmachtung des Volkes durch Einführung der **Verfassungsgerichtbarkeit** bo-

Links-Grün zerstört den Mittelstand

Diesen Erfolgen steht die verheerende Politik von Mitte-Links gegenüber. Das in der Herbstsession verabschiedete Klimaschutzgesetz zerstört die Wirtschaft, den Wohlstand und die Versorgungssicherheit. **Die SVP hat das Referendum ergriffen**, damit das Volk das letzte Wort zu diesem **Stromfresser-Gesetz** hat. Beim Mitte-Links Parlament sind **alle finanzpolitischen Hemmungen gefallen**: 26 Milliarden Franken Corona-Pandemie-Ausgaben, 2,2 Milliarden Mehrausgaben für Prämienverbilligungen, 2,1 Milliarden für Ukrainer mit Status S, 1,3 Milliarden für die EU-Kohäsion, 4 Milliarden Apxo-Kredit usw. Bundesrat Ueli Maurer warnt vor einem Defizit von 7,4 Milliarden Franken.

Obwohl Volk und Stände vor bald neun Jahren beschlossen haben, die Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu steuern, könnten in diesem Jahr netto bis zu 240'000 Personen einwandern. Trotz dieser Entwicklung **verweigern die anderen Parteien die Umsetzung dieses Volksauftrags auf weniger Zuwanderung**. In einer gemeinsamen Erklärung mit der EU fordern die anderen Parteien eine **Neuaufgabe des Rahmenabkommens**. Die SVP wird dies mit aller Kraft bekämpfen. Und trotz des Widerstands der

SVP stimmten alle anderen Parteien für einen **Beitritt der Schweiz zum UNO-Sicherheitsrat**, der über Krieg und Frieden entscheidet. Um die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität



Die Mitte-Links-Mehrheit macht ein verheerende Politik. Nur die SVP stellt sich ihr entgegen.

zu bewahren, hat ein Initiativ-Komitee um alt Bundesrat Christoph Blocher die **Neutralitäts-Initiative** lanciert.

Voller Einsatz für die Schweiz

In den verbleibenden zwölf Monaten bis zu den Wahlen wird sich die SVP-Bundeshausfraktion mit Vehemenz **gegen die erneut durch die anderen Parteien geplante EU-Anbindung, gegen die masslose Zuwanderung von Wirtschaftsmigranten und gegen immer höhere Steuern und Abgaben** zur Wehr einsetzen. Die ganze Partei muss alles tun, damit die schädliche Politik von Links-Grün bei den Wahlen in einem Jahr gestoppt werden kann. Leisten wir alle vollen Einsatz für die Schweiz!

New Kia Niro

Hybrid, Plug-in Hybrid oder EV



Movement that inspires



DEFENDER BEREIT FÜR JEDE HERAUSFORDERUNG



Wohin Sie Ihr nächstes Abenteuer auch führt, der Land Rover Defender kennt keine Grenzen. Kompromisslose Technologie und sein charakterstarkes Auftreten machen ihn zu einem der leistungsstärksten seiner Art. Erhältlich in den drei Karosserieversionen 90, 110 und 130 im modernen Look und ausgestattet mit veredelten Materialien ist der Defender bereit für jede Herausforderung.

landrover.ch

Jetzt Probe fahren!

Die Schweizer Neutralität retten

Dank der Neutralität konnte die Schweiz sogar in zwei Weltkriegen ihre Unabhängigkeit wahren. Sie bringt Sicherheit und Frieden. Doch der Bundesrat und die anderen Parteien sägen an dieser tragenden Staatssäule. Das dürfen wir nicht zulassen. Darum lanciert ein überparteiliches Komitee die Neutralitätsinitiative.



von Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident
des Initiativkomitees,
Gretzenbach (SO)

Die Schweizer Neutralität ist seit Jahrhunderten bewährt. Sie sichert uns Frieden und Unabhängigkeit, dient aber auch dem Frieden in der Welt. Dank ihr können Konfliktparteien sich ohne Waffen begegnen und miteinander reden. Solange es eine neutrale Schweiz gibt, hat der Frieden eine Chance.

Doch der Bundesrat und die anderen Parteien sägen an dieser tragenden Staatssäule – und gefährden damit die Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz. Darum braucht es jetzt die Neutralitätsinitiative. Sie ist die Antwort des Schweizer Volkes auf die wankelmütige und neutralitätsmüde Politik in Bern.

Was die Schweizer Neutralität ausmacht

Am Anfang stand die Schweizer Neutralität vor allem im Dienst der Innenpolitik, später mehr im Dienst der Aussenpolitik. Die Schweiz hat die Neutralität nicht erfunden, ihr aber in verschiedener Hinsicht ein ganz eigenes Gepräge gegeben. Ihr Neutralitätsstatus unterscheidet sich grundlegend von der Neutralität anderer Staaten.

Die schweizerische Neutralität ist dauernd: Seit 1815 ist staatsrechtlich von der "neutralité perpétuelle" die Rede, von der immerwährenden Neutralität. Die Tradition der schweizerischen Neutralität kann ihre Wirkung bei den Nationen nur behalten, wenn sie ununterbrochen fortwirkt und bei jedem sich bietenden Anlass neu und unversehrt

in Erscheinung tritt. Die schweizerische Neutralität ist bündnisfrei; weder Defensiv- noch Offensivbündnisse mit anderen Staaten sind der neutralen Schweiz gestattet.

Die schweizerische Neutralität ist aber auch bewaffnet. Unser Land hat sich zur militärischen Verteidigung verpflichtet und muss jederzeit garantieren, dass keine Gewalt von ihrem Hoheitsgebiet ausgeht.

Die schweizerische Neutralität ist freige wählt und nicht das Ergebnis eines Diktates fremder Mächte. Beim Wiener Kongress von 1815 wurde vielmehr eine jahrhundertlange Praxis auf schweizerisches Begehren hin neu bestätigt. Und schliesslich war die schweizerische Neutralität zumindest bis vor kurzem integral, also vollständig.

Warum es die Neutralitätsinitiative braucht

Die Schweiz zerfällt heute zunehmend in eine Politik der Phrasen, die einfach das wiederholt, was international gerade üblich ist. Es ist dies eine Politik des blossen Mitsingens im Chor der Unwahrhaftigkeit, der Heuchelei, der Sündenbockmentalität und der selbstgefälligen Unterscheidung zwischen "Guten" und "Bösen". Damit stossen wir andere Länder vor den Kopf, verärgern Handelspartner und schaffen sogar Feindschaften.

Die Neutralitätsmüdigkeit, die in der Geschichte zum Wohl des Landes immer wieder eingedämmt werden konnte, ist mitt-



Die Neutralitätsinitiative wurde am 15. Oktober 2022 in Bern anlässlich der Gründungsversammlung von Pro Schweiz vorgestellt.

lerweile in der offiziellen Schweizer Politik angekommen. Die neuerdings von Ignazio Cassis (FDP) erfundene "kooperative Neutralität", welche mit der bedingungslosen Übernahme von EU-Sanktionen einhergeht, ist das bedauerliche Ergebnis dieser Entwicklung.

Damit die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz nicht durch eine ideologisierte und heuchlerische Aussenpolitik unterlaufen werden, braucht es die Neutralitätsinitiative.

Selbstloser Einsatz für den Erhalt unserer Neutralität

In den kommenden Tagen wird die "Neutralitätsinitiative" offiziell lanciert. Der Weg an die Urne führt über 100'000 Unterschriften, die nur mit viel Einsatzwille und individuellem Engagement gesammelt werden können. Ich bedanke mich bereits jetzt herzlich bei allen, welche die Unterschriftensammlung persönlich und aktiv unterstützen werden.

Die Schweiz braucht ihre Neutralität – und die Welt braucht eine neutrale Schweiz!

Links-grüne Schweiz-Zerstörer stoppen!

An der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Luzern schwört Präsident Marco Chiesa die Partei auf den Wahlkampf ein. Ein weiterer Links-Rutsch müsse mit allen Kräften verhindert werden. Die Delegierten lassen sich auch von den weiteren Rednern mitreissen, darunter der gefeierte abtretende Bundesrat Ueli Maurer. Die SVP steigt top motiviert ins Wahljahr. Das Ziel: den links-grünen Irrlauf stoppen, das Erfolgsmodell Schweiz retten.

Auf den Tag genau ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen versammeln sich die SVP-Delegierten bei bester Stimmung und hochmotiviert in Luzern. Es gehe 2023 darum, einen weiteren Links-Rutsch zu verhindern, betont Parteipräsident Marco Chiesa. Sonst sei es vorbei mit unserem Wohlstand, unserer Freiheit und Unabhängigkeit. «Unser freies Land geht vor die Hunde, wenn es uns nicht gelingt, den links-grünen Vormarsch zu stoppen», mahnt Chiesa.

Nationalrat Michael Graber und Nationalrat Pierre-André Page betonen, warum das Referendum gegen das gefährliche Gesetz so wichtig ist. Es bringe ein Verbot von Heizöl, Benzin, Gas und Diesel – Heizen und Autofahren sollen nur noch elektrisch möglich sein. Und dies, obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben. Zudem erhalte der Bundesrat undemokratische Vollmachten. Fazit: Wenn es uns nicht gelingt, die links-grüne Politik des galoppierenden Realitätsverlusts, der mil-

liardenteuren Luftschlösser, der Verbote und der Bevormundung der Bürger zu stoppen, zertrümmern wir die Grundlagen einer erfolgreichen Schweiz. Wir zerstören unseren Wohlstand, unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit. Die Wahlen 2023 werden darum entscheidend sein. Die SVP steigt voller Energie und Kampfbereitschaft ins Wahljahr.

An der Versammlung in Luzern nahmen 311 Delegierte und 65 Gäste teil.



IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, EFD, Parlamentsdienste 3003 Bern, iStock.com, Unsplash.com

Er hat die SVP stark gemacht

Unser Bundesrat Ueli Maurer tritt per Ende Jahr zurück. Die SVP und die ganze Schweiz verdanken ihm viel. Sicherheit, Freiheit, gesunde Finanzen – und dazu eine natürliche Volksverbundenheit: Diese Kernanliegen von Ueli Maurer bleiben im kommenden Wahljahr wichtiger denn je.



von Marco Chiesa
Ständerat und
Parteipräsident
Ruvigliana (TI)

Mit Ueli Maurer verlässt per Ende Jahr eines der populärsten Regierungsglieder die grosse politische Bühne. Maurer war 14 Jahre lang im Bundesrat – und er hat dessen Arbeit massgeblich mitgeprägt. Die SVP und die Schweiz verdanken ihm viel. Von 2009 bis 2015 war der ehemalige SVP-Parteipräsident Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Nach Jahren des Abbaus lancierte er eine breite Debatte über die Mängel unserer Armee. Damit erreichte er eine Trendwende. Er führte wieder ein taugliches Mobilmachungskonzept ein und ermöglichte eine wesentliche Verbesserung der Ausrüstung und Einsatzfähigkeit der Truppen.

Finanzpolitisches Gewissen der Nation

Auf Anfang 2016 wechselte Maurer ins Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Dabei verkörperte er wie kein zwei-

ter Politiker das finanzpolitische Gewissen der Schweiz. Er kämpfte konsequent und gegen den grossen Widerstand der Schleusenöffner der anderen Parteien für eine verantwortungsvolle Verwendung unserer Steuergelder.

Darüber hinaus war Ueli Maurer ein energischer Treiber für die Digitalisierung in der Verwaltung. Auf der internationalen Ebene erreichte er für die

einem der innovativsten Staaten der Welt.

Ich könnte noch viel mehr politische Verdienste von Ueli Maurer aufzählen. Ebenso in Erinnerung bleiben wird aber auch seine Persönlichkeit. Maurer hat sich nie verbogen, er war immer geradlinig, direkt, authentisch. Während andere Politiker nur Phrasen dreschen, traf er die richtigen Worte.

Natürlich volksverbunden

Diese Eigenschaften – gepaart mit seinem Engagement für Sicherheit, Freiheit und einen nachhaltig gesunden Bundeshaushalt – machten Maurer zu einem der anerkanntesten Politiker der Schweiz. Seine vielgerühmte Volksverbundenheit war für ihn selbstverständlich. Er lebte vor, was die direkte Demokratie ausmacht: Dass der Bürger der Chef ist, nicht der Bundesrat.

Im Namen der ganzen Partei (und darüber hinaus sicher auch ganz vieler Schweizerinnen und Schweizer!) danke ich dir, lieber Ueli, von Herzen für dein langjähriges grosses Engagement

zu Gunsten unseres Landes und unserer Bevölkerung. Wir werden dich und deine unvergleichliche Art, zu politisieren, vermissen.



Ueli Maurer wurde 2008 in den Bundesrat gewählt und war 2013 und 2019 Bundespräsident. Er hatte die SVP Schweiz von 1996 bis 2008 präsidiert und sie zur grössten Partei der Schweiz gemacht.

Schweiz eine ständige Teilnahme bei der G20. Und er machte unser Land dank vorausschauenden Regelungen im Bereich Fintech und Blockchain-Technologie zu



IHR OPEL FLOTTEN-TEAM. PERSÖNLICH, INDIVIDUELL, KOMPETENT //

Bedarfsorientierte Mobilitätsangebote und passgenaue Lösungen –
massgeschneidert für Ihr Unternehmen. Für Informationen wenden Sie
sich bitte an: fleet@opel.ch

